



Infoveranstaltung

DermaCare: Moderne ästhetische Dermatologie und medizinische Kosmetik – Was steckt dahinter?

Dienstag, 7. November 2017, 18.30 Uhr, Pallas Klinik Zürich
Jetzt anmelden! • www.pallas-kliniken.ch

Zürichsee-Zeitung

SEEUFERWEG

Und sonst halt Hängebrücken

Der Regierungsrat sieht momentan keinen Anlass, Land aufzuschütten, um einen durchgehenden Seeuferweg zu ermöglichen. Trotzdem schliesst er solche nicht kategorisch aus.



 Natalie Wenger.

Landaufschüttungen wie hier zwischen Wädenswil und Richterswil liegen auch an anderen Uferabschnitten weiterhin im Bereich des Möglichen. Bild: Sabine Rock

Hauseigentümer, die über einen direkten Seeanstoss verfügen, sollen diesen auch in Zukunft in Ruhe geniessen können. Zumindest, wenn es nach dem Zürcher Regierungsrat geht. Dieser sieht nämlich im Gegensatz zu den drei SP-Kantonsräten Esther Meier (Zollikon), Jonas Erni (Wädenswil) und Davide Loss (Adliswil) keinen Anlass, für den Bau eines durchgehenden Seeuferwegs Landaufschüttungen besonders zu fördern. Der Regierungsrat sieht in den vorgeschlagenen Landaufschüttungen keinen Lösungsansatz für die Realisierung eines Seeuferwegs. Vielmehr würden dadurch neue Abhängigkeiten geschaffen und Rechtsstreitigkeiten mit Eigentümern von Uferparzellen in Kauf genommen, heisst es in der Antwort des Regierungsrates auf die Anfrage der drei Kantonsräte vom 10. Juli.

Positive Auswirkungen

«Es scheint, als wolle der Regierungsrat den gesetzlichen Auftrag nicht wirklich umsetzen und den Bau des Seeuferwegs mit gezogener Handbremse vorantreiben», sagt Esther Meier, die Erstunterzeichnerin des Vorstosses.

Jonas Erni, der bereits mehrere Vorstösse zum Seeuferweg eingebracht hat, sieht die Antwort des Regierungsrates trotz der wenig euphorischen Grundhaltung als positiv an. «Die Antwort des Regierungsrates zeigt nämlich, dass Aufschüttungen als Ergänzung zu anderen Methoden wie Stegen oder Brücken weiterhin möglich ist», sagt er. Denn obwohl der Regierungsrat in seinem Schreiben wiederholt darauf hinweist, dass

Landaufschüttungen nur unter strengen Voraussetzungen vorgenommen werden können, steht er diesen nicht grundsätzlich negativ gegenüber. So wäre es möglich, Uferabschnitte ohne Ufervegetation aufzuschütten und ökologisch aufzuwerten, wie das etwa beim Bau des Seeuferabschnittes zwischen Wädenswil und Richterswil der Fall war.

«Der Regierungsrat hat bestätigt, dass die neu gebildete Flachwasserzone äusserst positive Auswirkungen für die Pflanzen- und Tierwelt hatte», sagt Jonas Erni. So hat sich das mit Schilf bewachsene Areal laut dem Regierungsrat seit 2014 vervierfacht. Ausserdem kehrten zahlreiche Tierarten, die früher auf den Gebiet angesiedelt waren, dank der Aufschüttungen in ihr ehemaliges Habitat zurück.

Kanton an Pflichten erinnern

Auch Davide Loss schätzt die Antwort des Regierungsrates als durchaus positiv ein. «Unser primäres Ziel, den Regierungsrat an seine gesetzliche Pflicht zu erinnern, den Seeuferweg zu realisieren, haben wir sicher erreicht.» Dadurch, dass Landaufschüttungen im Einzelfall durchaus realisierbar seien, habe man ein weiteres Instrument in der Hand, falls in konkreten Fällen Probleme auftauchen würden, sagt Davide Loss. «Es kann nämlich nicht sein, dass ein Projekt, welches das Volk gutgeheissen hat, am Widerstand von Einzelnen scheitert.»

Allenfalls auch Hängebrücken

Landaufschüttungen sind nur eine Möglichkeit, die Jonas Erni in Betracht zieht, um den durchgehenden Seeuferweg Realität werden zu lassen. «Eine weitere Möglichkeit, auf die ich beim Wandern gestossen bin, wären beispielsweise Hängebrücken, die einzelne Uferabschnitte oder Inselaufschüttungen verbinden», sagt der Wädenswiler Kantonsrat. Hängebrücken seien oft durch Sponsorengelder finanziert und kosteten verhältnismässig wenig. Erni könnte sich eine solche Lösung etwa für den Abschnitt zwischen dem Giessen und dem Seeplatz in Wädenswil vorstellen, wo keine privaten Eigentümer betroffen wären. «Ich bin überzeugt, dass der Seeuferweg mit etwas Kreativität realisiert werden kann», sagt er.

Derzeit ist Erni daran, juristische Abklärungen bezüglich der Pflichten des Kantons hinsichtlich des Seeuferweges vorzunehmen. «Jahr für Jahr versickern rund sechs Millionen Franken, weil der Kanton seinen gesetzlichen Auftrag nicht erfüllt», sagt er. Viel zu viel Zeit sei bereits für die Planung draufgegangen, ohne dass Ergebnisse sichtbar seien. Jetzt sei es am Kanton, endlich zu Handeln. Was dieser auch tut. Laut Esther Meier ist der Kanton hinter den Kulissen aktiv geworden und hat Kontakt mit den Seegemeinden aufgenommen. «Ich habe die betroffenen Gemeinden angeschrieben», sagt sie. Auf die Antworten dürfe man gespannt sein. (zsz.ch)

Erstellt: 02.11.2017, 17:09 Uhr

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein